

# Newsletter

## Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 8, Juli 2023

### Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

**Michael H. Küper**  
Partner

**Peter Mussaeus**  
Partner

**Stefan Krakowka**  
Of Counsel

**Dr. Daniel Callejon**  
Senior Manager

### Inhalt

<b>Gesetzgebung</b> .....	2
Wachstums-Chancen-Gesetz: BMF will Klimaschutz durch Investitionsprämien fördern .....	2
<b>Update Preisbremsen</b> .....	3
BMWK richtet Postfächer für Erklärungen an die Prüfbehörde ein .....	3
Achtung Fristablauf: Meldepflicht im Rahmen der Überschusserlösabschöpfung .....	3
<b>Aktuelles</b> .....	4
Abschied vom Spitzenausgleich?.....	4
<b>Über uns</b> .....	5
Ihre Ansprechpartner .....	5
Redaktion.....	5

## Wachstums-Chancen-Gesetz: BMF will Klimaschutz durch Investitionsprämien fördern

Das Bundesfinanzministerium hat einen Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness“ vorgelegt. Der Entwurf enthält eine Vielzahl von Änderungen und Neuerungen, die insbesondere darauf abzielen, Innovationen und Investitionen in energieeffiziente Technologien zu fördern. Die zentrale energierechtliche Komponente ist das "Klimaschutz-Investitionsprämiengesetz".

Durch das Klimaschutz-Investitionsprämiengesetz soll die Energieeffizienz von Unternehmen gesteigert werden. Dazu sollen Unternehmen über einen Zeitraum von vier Jahren gewinnunabhängige Investitionsprämien erhalten können, wenn sie in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz investieren.

Die Prämie soll für Investitionen in bewegliche Wirtschaftsgüter gewährt werden, welche die Energie- und Ressourceneffizienz des Unternehmens verbessern. Sie soll 15 Prozent der Investitionssumme betragen, jedoch maximal 30 Mio. Euro pro Unternehmen. Um förderfähig zu sein, muss eine Mindestinvestitionssumme von 10.000 Euro erreicht werden. Ausgaben für Fernwärme oder Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sollen von der Prämie ausgenommen sein, da hierfür bereits andere Förderungen zur Verfügung stehen. Ebenso sollen Maßnahmen, die fossile Energieträger nutzen, nicht gefördert werden.

Der Entwurf sieht vor, dass die geförderten Vorhaben bis Ende 2027 abgeschlossen sein müssen. Alternativ soll die Prämie aber auch gewährt werden können, wenn das Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen wird, soweit vor dem 1. Januar 2028 Teilherstellungskosten entstanden oder Anzahlungen auf Anschaffungskosten geleistet werden.

Um die Klimaschutzinvestitionsprämie zu erhalten, sieht der Entwurf darüber hinaus vor, dass die geplanten Maßnahmen in ein Energie- oder Umweltmanagementsystem integriert und von einem zertifizierten Energieberater begleitet werden müssen. Unternehmen sollen die Prämie unabhängig von ihrer Steuererklärung beim zuständigen Finanzamt digital und unkompliziert beantragen können. Die Investitionsprämie soll aus den Einnahmen der Einkommens- bzw. Körperschaftssteuer ausgezahlt werden und würde damit das jeweilige Steueraufkommen mindern. Es wird erwartet, dass der Entwurf jährlich zu etwa 6,5 Mrd. Euro an Steuermindereinnahmen führt.

Aktuell befindet sich der Entwurf in der Phase der Verbändebeteiligung, in der die adressierten Verbände bis zum 25. Juli 2023 die Möglichkeit haben, Stellungnahmen abzugeben. Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie hierzu Fragen haben sollten.

---

**RA Michael H. Küper**  
Tel. +49 211 9815396  
michael.kueper@pwc.com

**RA Simon Stormer LL.M.**  
Tel. +49 40 63782925  
simon.stormer@pwc.com

---

# Update Preisbremsen

## BMWK richtet Postfächer für Erklärungen an die Prüfbehörde ein

---

**RA Matthias Stephan**  
Tel.: +49 211 9811509  
matthias.stephan@pwc.com

**RA Nikolas Völk**  
Tel.: +49 89 57905556  
nikolas.voelk@pwc.com

---

Da es bis zum Ablauf des 31. Juli 2023 nicht möglich ist, die für Erklärungen nach dem Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetz (EWPBG) und Strompreisbremsegesetz (StromPBG) zuständige Prüfbehörde zu konstituieren, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) den sog. Beauftragten nach dem EWPBG nunmehr gebeten, die entsprechenden Erklärungen übergangsweise entgegenzunehmen.

So stehen Unternehmen nun Postfächer für die fristwahrende Übermittlung der notwendigen Erklärungen bezüglich der Arbeitsplatzerhaltungspflicht, § 29 Abs. 2 S. 1 EWPBG bzw. § 37 Abs. 2 S. 1 StromPBG, dem Boni- und Dividendenverbot, § 29a Absatz 6 EWPBG bzw. § 37a Absatz 6 StromPBG, sowie Erklärungen und Unterlagen für den Fall des Erhalts einer Entlastungssumme von mehr als 2 Millionen Euro, § 22 Absatz 2 EWPBG bzw. § 30 Absatz 2 StromPBG, zur Verfügung. Ebenfalls eingerichtet wurde ein Postfach für Mitteilungen von Lieferanten für den Fall der Gewährung von Entlastungssummen von mehr als 1 Million Euro, § 23 Nummer 1 b) bb) EWPBG bzw. § 31 Absatz 1 Nummer 2 bb) StromPBG (zu finden in der Rubrik "weitere Informationen" unter <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/strom-gaspreisbremse.html>).

In diesem Zusammenhang wurden auch die FAQ zum EWPBG und StromPBG aktualisiert (Version 9.1 - Stand: 13. Juli 2023), wobei insbesondere der in der früheren Version 9.0 enthaltende Verweis auf die "Einhaltung der gesetzlichen Fristen" entfernt wurde. Stattdessen soll nun insbesondere die Übermittlung von Erklärungen zum Arbeitsplatzerhalt sowie zum Boni- und Dividendenverbot **bis zum 30. September 2023** "nicht beanstandet" werden.

Sprechen Sie uns gerne an, wenn Sie Fragen zu Melde- und Anzeigepflichten rund um die Energiepreisbremsen haben.

## Achtung Fristablauf: Meldepflicht im Rahmen der Überschusserlösabschöpfung

Betreiber von Stromerzeugungsanlagen im Anwendungsbereich der Überschusserlösabschöpfung nach dem Strompreisbremsegesetz (StromPBG) müssen dem Übertragungsnetzbetreiber sowie dem Anschlussnetzbetreiber relevante Daten mitteilen – die Frist für den ersten Abrechnungszeitraum endet am 31. Juli 2023.

Der erste **Abrechnungszeitraum** umfasst den Zeitraum vom **1. Dezember 2022 bis zum 31. März 2023**. Danach folgend ist jeweils das Kalenderquartal ein Abrechnungszeitraum, solange der zeitliche Anwendungsbereich der Strompreisbremse eröffnet ist. Die Zahlung hat gem. § 14 Abs. 1 S. 3 StromPBG bis zum 15. des fünften Monats, der auf den Abrechnungszeitraum folgt, zu erfolgen. Für den ersten Abrechnungszeitraum wird die Zahlung mithin am **15. August 2023** fällig.

Daneben trifft die Stromerzeugungsanlagenbetreiber eine besondere Mitteilungspflicht gegenüber dem regelzonenverantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber („ÜNB“) bis spätestens vier Monate nach Ablauf des jeweiligen Abrechnungszeitraums. Für den ersten Abrechnungszeitraum endet die Mitteilungspflicht am 31. Juli 2023 – daher sollten sich die Betroffenen unbedingt darüber informieren, welche Daten gegenüber dem ÜNB und dem Anschlussnetzbetreiber offenzulegen sind.

Die Übertragungsnetzbetreiber haben hierzu Formularvorlagen auf Ihrer [Internetseite](#) veröffentlicht, die im Rahmen der Meldungen zu verwenden sind. Das Unterlassen der entsprechenden Mitteilung ist genauso wie unvollständige Meldungen gem. §§ 43, 44 StromPBG straf- bzw. bußgeldbewährt. Daher sollten sich Betreiber von Stromerzeugungsanlagen unbedingt darüber im Klaren sein, ob sie vom Anwendungsbereich

---

**RA Matthias Stephan**  
Tel.: +49 211 981-1509  
matthias.stephan@pwc.com

**RAin Pia Mausbach**  
Tel.: +49 211 981-1737  
pia.mausbach@pwc.com

---

der Regelungen erfasst sind. Wegen der im Gesetz angelegten gesamtschuldnerischen Haftung für Gesellschafter und verbundene Unternehmen des Anlagenbetreibers – sofern Ihnen Strom zur Veräußerung oder Vermarktung überlassen wurde - sollten auch diese eruieren, ob sich hier ein Risiko ergeben kann.

Erfahrungsgemäß ergeben sich spezifische Fragen erst bei dem Ausfüllen der Formularvorhaben. Hier stellt sich z.B. die Frage welcher Sicherheitszuschlag bzw. Referenzerlös auszuwählen ist und wie im Falle von Dampfsammelschienenanlagen zu verfahren ist. Anlagenbetreiber sollten daher – sofern noch nicht geschehen - unverzüglich mit dem Befüllen der Formulare beginnen. Zugleich sollte geprüft werden, inwieweit die Zahlung unter Vorbehalt – u.a. wegen der beim Bundesverfassungsgericht anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz – empfehlenswert sein kann.

Bei Fragen im Zusammenhang mit der Überschussgewinnabschöpfung kommen Sie gerne auf uns zu – auch bei der Berechnung der Überschusserlöse bzw. der Übermittlung aller relevanten Daten können wir Sie gerne unterstützen.

## Aktuelles

### Abschied vom Spitzenausgleich?

Die Bundesregierung plant für das kommende Jahr Ausgabenkürzungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Eine der geplanten Streichungen könnte den Spitzenausgleich für produzierende Unternehmen betreffen, wie aus dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 hervorgeht.

Der Spitzenausgleich nach § 10 StromStG ist eine bedeutsame steuerliche Vergünstigung, die es Unternehmen des produzierenden Gewerbes ermöglicht, von erheblichen Entlastungen bei der Stromsteuer zu profitieren. Durch den Spitzenausgleich können Unternehmen ihre Stromsteuerlast derzeit um bis zu 90 Prozent reduzieren.

Die Möglichkeit des Spitzenausgleichs wird nun im Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 in Frage gestellt. Im Haushaltsplan 2023 war der Spitzenausgleich noch als Steuermindereinnahme in Höhe von 1,45 Milliarden Euro aufgeführt. Im aktuellen Entwurf für den Haushaltsplan 2024 findet sich der Spitzenausgleich nicht mehr. Dies deckt sich mit Presseberichten, wonach die Bundesregierung plane, keine beihilferechtliche Genehmigung des Spitzensteuerausgleichs für 2024 bei der EU-Kommission zu beantragen.

Eine endgültige Entscheidung trifft jedoch der Bundestag, der im Dezember über den Haushalt abstimmen wird. Bis dahin sind Änderungen grundsätzlich möglich. Ein Auslaufen des aktuellen Spitzenausgleichssystems käme nicht völlig überraschend. Denn bereits im letzten Jahr wurde angekündigt, dass die einjährige Verlängerung eine einmalige Ausnahme sein würde. Die Bundesregierung deutete damals jedoch an, dass eine grundlegende Reform des Strom- und Energiesteuerrechts für das Jahr 2024 geplant sei.

Derzeit liegt noch kein konkreter Reformplan für den Spitzenausgleich vor, was befürchten lässt, dass dessen Auslaufen ohne Ersatz stattfinden könnte. Allerdings hat der unabhängige Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium eine mögliche Alternative vorgeschlagen: In seiner Stellungnahme "Ein Industriestromtarif für Deutschland?" vom 20. Juli 2023 brachte der Beirat die Idee einer vollständigen Abschaffung der Stromsteuer ins Spiel, anstelle der Einführung eines Industriestrompreises.

Es lässt sich konstatieren, dass derzeit an unterschiedlichsten Stellen über fundamentale Veränderungen des Systems der Energiekosten(-entlastungen) nachgedacht wird, was nach unserer Wahrnehmung bei betroffenen Unternehmen zu ganz erheblichen Planungsunsicherheiten (z.B. mit Blick auf die Prognose von Produktionskosten für das kommende Jahr) führt.

Wir werden die Entwicklungen weiterhin genau verfolgen und Sie insofern über alle Neuigkeiten und Entscheidungen in Bezug auf den Spitzenausgleich und weitere Entlastungen informieren.

---

**RA Michael H. Küper**  
Tel. +49 211 9815396  
michael.kueper@pwc.com

**RA Simon Stormer LL.M.**  
Tel. +49 40 63782925  
simon.stormer@pwc.com

---

# Über uns

## Ihre Ansprechpartner

**RA Michael Küper**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Matthias Stephan**

Tel.: +49 211 981-1509

matthias.stephan@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

**RAin Alexandra Ufer**

Tel.: +49 211 981-5679

alexandra.ufer@pwc.com

## Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

**RA Michael Küper**

Tel.: +49 211 981-5396

michael.kueper@pwc.com

**RA Dr. Daniel Callejon**

Tel.: +49 211 981-2194

daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Juli 2023 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

[www.pwc.de](http://www.pwc.de)